

94. Vollversammlung

*Sitzung am 09.02.2012
Unterlagen zu TOP 7
Antrag 4 Jugendpolitische Positionen
zur Landtagswahl 2012*

Antragsteller: Vorstand

Die Vollversammlung möge beschließen:

Jugendpolitische Positionen des Landesjugendrings zur Landtagswahl 2012

Einige wichtige Forderungen des Landesjugendrings zur Landtagswahl 2009 sind in den letzten beiden Jahren erfüllt worden. Andere notwendige jugendpolitische Verbesserungen sind nach wie vor nicht umgesetzt.

Gerechtere Bildungschancen in Schule und Studium herstellen

In der Bildungspolitik sind

- die Studiengebühren abgeschafft worden
- das längere gemeinsame Lernen durch die beschlossene Gemeinschaftsschule zumindest teilweise in Angriff genommen worden.

Folgende Forderungen sind bisher nicht oder nicht ausreichend erfüllt:

- Die pädagogisch-didaktische Ausbildung der LehrerInnen muss ausgebaut und verbessert werden.
- Ein flächendeckendes Angebot von echten Ganztagschulen im Saarland ist herzustellen.
- Lernmittel wie Schulbücher sind kostenlos auf Leihbasis zur Verfügung zu stellen.
- Die Beförderung der SchülerInnen mit dem Personennahverkehr muss kostenfrei erfolgen
- Die materielle Ausstattung der Schulen ist zu verbessern

Bildung ist mehr als Schule: Jugendverbände als Bildungsorte sind zu stärken

In den Kinder- und Jugendverbänden finden wertvolle Bildungsprozesse in Gruppenarbeit, offenen Angeboten, Freizeitmaßnahmen, Bildungsseminaren, Mitarbeiterschulungen und Projekten statt.

Wir begrüßen deshalb, dass 1,5 neue Stellen bei den BildungsreferentInnen der Jugendverbände geschaffen wurden. Scharf kritisieren mussten wir dagegen die Kürzung des Landesjugendrings um 25.400 Euro, die die wichtige Vernetzungs-, Beratungs- und Unterstützungsfunktion sowie die jugendpolitische Interessensvertretung der Kinder- und Jugendverbände gefährdet.

Wir fordern von den zur Wahl stehenden Parteien:

- Die Rücknahme der Kürzungen und die langfristige Sicherung der Handlungsfähigkeit des Landesjugendrings
- eine bessere Grundausrüstung für die Leitungsaufgaben der Verbände,
- angemessene Sonderurlaubsregelungen unter Fortzahlung der Bezüge und das Recht auf Freistellung von Schule, Ausbildung, Studium und Beruf,
- Anspruch auf fünf bezahlte Freistellungstage zu Bildungszwecken nach dem Saarländisches Bildungsfreistellungsgesetz

Ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen schaffen

- Wir fordern nach wie vor die Ausbildungsplatzumlage. Alle Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen müssen sich entweder an der Ausbildung oder an den Ausbildungskosten beteiligen.

Kinder und Jugendliche besser beteiligen

Keine Verbesserungen gab es bei den Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen

Nach wie vor fordern wir deshalb:

- Das Wahlalter zur Landtags- und Kommunalwahl ist auf 16 Jahre zu senken.
- Kinder und Jugendliche müssen an allen sie betreffenden Entscheidungen in ihrem Ort/ihrer Stadt beteiligt werden.

Demokratie sichern und Rechtsextremismus bekämpfen

Mehr denn je fordern wir:

- Rechtsextreme Organisationen und ihre Aktivitäten sind stärker als bisher im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zu bekämpfen.
- Organisationen zur Stärkung des demokratischen Gedankens und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, wie das "Netzwerk für Demokratie und Courage", sind besser als bisher zu fördern.

Wir rufen euch junge und ErstwählerInnen auf, bei der Landtagswahl am 25. März 2012 von eurem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Gleichzeitig appellieren wir an euch, rechtsextremistischen Parteien wie der NPD keine Stimme zu geben.